



**Pressekonferenz zum Thema:
"Oberösterreich ist gefordert: Gemeinsamer Einsatz
für Teuerungsausgleich auf Landesebene!"**

Ihre GesprächspartnerInnen sind:

**SPÖ-Landtagsklubvorsitzender Mag. Michael Lindner,
Grüne-Landtagsklubvorsitzender Severin Mayr**

Dienstag, 5. April 2022, 10 Uhr

Oö. Presseclub, Landstr. 31, 1. Stock, Saal A, 4020 Linz

Klubvorsitzender Michael Lindner: „Enorme Teuerung bei Fixkosten trifft vor allem Pensionist:innen und Familien mit Kindern!“

Wer weniger Budget verfügbar hat, gibt das Geld vor allem für Wohnen, Betriebskosten und den Wocheneinkauf aus. Genau dort schlägt aktuell die Teuerung am härtesten zu. Die Energiepreise für Heizmittel und Strom gehen regelrecht durch die Decke, der Wocheneinkauf ist im Februar 2022 um +9,5% bei einer allgemeinen Inflation von 5,9% gestiegen. Im März 2022 war die allgemeine Inflation mit 6,8% sogar noch höher, die Steigerung des Wochen- und Tageswarenkorb sind noch nicht ausgewertet. **„Es geht um Existenzfragen. Die Grundbedürfnisse werden für immer mehr Menschen nicht mehr leistbar. Das hat mit dem Auseinanderdriften von Arm und Reich zu tun und mit Lücken im sozialen Netz. Weil die Pensionen nur mit 1,8% aufgewertet wurden, reißt die viel höhere Teuerung ein Loch ins Haushaltsbudget. Weil in Oberösterreich immer weniger Wohnbeihilfe ausbezahlt wird, fehlt das Geld jetzt bei Mieter:innen mit kleineren Einkommen. Familien mit Kindern, die aus welchen Gründen auch immer auf Sozialhilfe angewiesen sind, stehen jetzt vor Riesenproblemen, weil die Richtsätze nicht mit den Teuerungen Schritt halten“**, stellt SPÖ-Klubvorsitzender Mag. Michael Lindner klar. Für ihn ist die aktuelle Entwicklung ein von ÖVP/FPÖ geschaffenes Systemproblem. Sowohl die Mängel bei der Sozialhilfe, wie auch bei den Pensionen und der Wohnbeihilfe tragen die Handschrift von ÖVP und FPÖ. So erhalten Familien in Oberösterreich, die auf Sozialhilfe angewiesen sind für das 3. oder 4. Kind nur um 5% des Sozialhilferichtsatzes mehr. **„5% sind beim aktuellen Sozialhilferichtsatz von knapp 950 Euro weniger als 50 Euro im Monat. Das ist viel zu wenig“**, ist Lindner überzeugt. Deshalb muss die Sozialhilfe pro Kind und Monat in Oberösterreich um mindestens 39 Euro erhöht werden.

Wer Sozialleistungen aushungert, muss in der Not auch rasch helfen!

Bei der Kürzung von Sozialhilfen, Pensionen und Wohnbeihilfen haben ÖVP und FPÖ messerscharf kalkuliert, dass den Betroffenen aus ihrer Sicht nicht „zuviel“ Geld übrig bleibt. Es sollte nur so wenig, wie möglich ausbezahlt werden, weil das angeblich motivierend für zusätzliche Leistung wäre.

„Wenn insbesondere die hauptverantwortliche Volkspartei ihre Kürzungsargumentation ernst nimmt, dann müsste sie jetzt sämtliche Sozialhilfeleistungen entsprechend den hohen Fixkostenteuerungen anheben. Sonst gehen sich Heizen, Strom und Lebensmittel nebeneinander nicht mehr aus“, zeigt der SPÖ-Klubvorsitzende auf.

Kaputte Wohnbeihilfe jetzt reparieren

Seit dem Budgetjahr 2010 befindet sich die Wohnbeihilfe in Oberösterreich im Rückwärtsgang. Das Budget von über 85 Millionen auf zuletzt etwa 50 Millionen reduziert, der Bezieher:innenkreis um mehr als ein Drittel reduziert und die ausbezahlten Summen wurden nicht ausreichend valorisiert. **„Jetzt schlägt diese Aushungerung der Wohnbeihilfe massiv durch. Jetzt steht eine Notreparatur dieser wichtigen Sozialleistung an, weil die Mieter:innen besonders betroffen sind“**, fordert Lindner.

Die Wohnbeihilfe muss daher um 15 Prozent erhöht werden und der Kreis der Bezugsberechtigten muss ausgeweitet werden, vor allem durch die überfällige Anpassung der 7-Euro-Mietzinsgrenze pro Quadratmeter.

Doppelter Heizkostenzuschuss wirkt rasch und gezielt

Der Preis für die notwendige Wärme in Wohnungen und Häusern hat sich in einem Ausmaß erhöht, dass der aktuelle Heizkostenzuschuss des Landes Oberösterreich von 175 Euro schlichtweg nicht ausreicht. **„Der Zuschuss muss zumindest auf 350 Euro verdoppelt werden, um wirksam zu helfen. Das brauchen wir in Oberösterreich, um jetzt bei den anstehenden Jahresabrechnungen nach dem Winter die Betroffenen nicht in die Schuldenfalle tappen zu lassen. So wie bei Corona auch den Unternehmen mit voller Bereitschaft geholfen wurde, so brauchen jetzt die Menschen Hilfe gegen die überfallsartigen Teuerungen“**, stellt Lindner klar.

Deshalb muss Oberösterreich jetzt sofort gegensteuern – die ersten drei der sechs Handlungsfelder im Dringlichkeitsantrag sind folgende:

- > **Plus 39 Euro pro Kind und Monat bei der Sozialhilfe.**
- > **Plus 15% bei der Wohnbeihilfe samt Ausweitung des Bezieher:innenkreises.**
- > **Verdoppelung des Heizkostenzuschusses und Anhebung der Einkommensgrenzen.**

Grüner Klubobmann LAbg. Severin Mayr

„Dass die Menschen in dieser Situation auch hier im Land entlastet werden müssen, sollte außer Frage stehen. Andere Bundesländer zeigen es vor und haben bereits geeignete Maßnahmen auf den Weg gebracht. Oberösterreich muss eigene Verantwortung für seine BürgerInnen übernehmen. Es muss nachziehen und nachschärfen. Und das mit den Punkten, die wir hier aufgelistet haben“, betont der Grüne Klubobmann LAbg. Severin Mayr und sieht drei weitere Punkte essentiell, um die OberösterreicherInnen gezielt und spürbar zu entlasten.

Befristeter Energiebonus

Die massiv gestiegenen Energiekosten sind gerade für einkommensschwächere Haushalte eine extreme Belastung und teils existenzgefährdend. Neben einem doppelten Heizkostenzuschuss und einer Ausweitung der Bezugsberechtigten muss darauf mit einem weiteren Instrument reagiert werden. Konkret mit einem befristeten Energiebonus nach Tiroler Vorbild. Dieser beträgt 250 Euro und ist auf die Situation in Oberösterreich anzupassen. Zu Gute kommen soll dieser Energie-Bonus Ein-Personen-Haushalten mit einem Nettoeinkommen bis 1.300 Euro und Zwei-Personen-Haushalten mit einem Nettoeinkommen bis 2.067 Euro.

„Diese ist eine höchst sinnvolle und treffsichere Maßnahme, die etwa in Tirol bereits umgesetzt worden ist. Oberösterreich muss hier nachziehen. Wir müssen verhindern, dass gerade einkommensschwächere Haushalte ihre Strom- und Gasrechnung nicht mehr bezahlen können. Die Leute brauchen ein finanzielles Sicherheitsnetz, dass das Licht angeht und der Herd heizt“, betont Mayr.

Einrichtung eines Sozial- und Klimafonds

Ein weiteres Sicherheitsnetz in Form eines Fonds richtet sich ebenfalls treffsicher an einkommensschwache Haushalte. Einzurichten ist ein eigener Sozial- und Energiefonds, der auf breiter Basis und mit verschiedenen Angeboten alle TeuerungsverliererInnen unterstützt. Konkret sollen aus diesem Fonds etwa der Austausch alter und energieintensiver Elektrogeräte und die (Teil-) Übernahme von Rückständen oder Jahresrechnungen durch Direktüberweisung an Energieunternehmen für armutsgefährdete Personen finanziert werden. Gespeist werden soll dieser Fonds dabei aus Gewinnen der Energie AG.

„Vor allem armutsgefährdete Menschen stehen schon jetzt vor Nachforderungen, die sie nicht bezahlen können. Oft haben sie energiefressende Elektrogeräte, die dringendst ausgetauscht werden müssen. Über diesen Fond ist das möglich. Die Energie AG macht durch die hohen Energiepreise satte Gewinne. Da ist es nur recht und billig, dass aus den Gewinnen Gelder an die besonders Bedürftigen zurückfließen“, meint Mayr.

Senkung der ÖV-Tarife für Klimatickets auf 365 Euro für ganz Oberösterreich

Neben Heizen ist auch die Mobilität ein Grundbedürfnis der Menschen. Auch darin sind die OberösterreicherInnen zu entlasten. In diesem Sinne müssen die ÖV-Tarife des OÖ Klimatickets auf pauschal 365 Euro gesenkt werden, und zwar für ganz Oberösterreich. Dies muss möglich sein, ohne die Mehrkosten an die Kommunen abzuwälzen.

„Die Leute müssen mobil bleiben. Gerade bei den extrem hohen Spritpreisen wollen viele auf die Öffis umsteigen. Mit dieser Senkung helfen wir ihnen dabei und stärken dabei auch den Klimaschutz. Das Klimaticket ist an sich bereits Entlastung und Riesenanreiz. Indem wir es noch billiger machen, machen wir die Effekte noch spürbarer“, betont Mayr.

Mayr: **„Das sind in dieser Situation die richtigen, zielgerichteten Maßnahmen. Maßnahmen, die sowohl kurz als auch langfristig greifen und bei den besonders Betroffenen auch wirklich ankommen. Dass die Teuerungswelle bald abebbt, ist nicht absehbar. Daher muss auch Oberösterreich dazu beitragen, das Leben der Menschen leistbar zu machen.“**

Deshalb muss Oberösterreich jetzt sofort gegensteuern – die Handlungsfelder 4-6 im Dringlichkeitsantrag sind zusammengefasst wie folgt:

- > **Einen befristeten Energiebonus für die Zeit der extremen Energiepreise.**
- > **Ein Sozial- und Klimafonds zum Austausch alter Elektrogeräte für Betroffene.**
- > **Ein echtes 365-Euro-Ticket für alle Öffis in ganz Oberösterreich.**

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten

betreffend

landespolitische Maßnahmen zur Entlastung der Oberösterreicher:innen

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, dem Oö. Landtag ein Maßnahmenpaket zur unbürokratischen und schnellen Entlastung für von der massiven Teuerungswelle stark betroffene Oberösterreicher:innen vorzulegen, das insbesondere folgende Punkte beinhaltet:

1. Verdoppelung des Heizkostenzuschusses und wesentliche Ausweitung des Bezieher:innenkreises durch Anhebung der Einkommensgrenzen;
2. eine 15-prozentige, dauerhafte Erhöhung der Wohnbeihilfe inklusive Ausweitung der Bezugsberechtigten;
3. eine langfristige Erhöhung und Absicherung des Sozialhilfe-Richtsatzes für Kinder in der Höhe von 39 Euro pro Kind und Monat;
4. einen befristeten Energiebonus;
5. Einrichtung eines Sozial- und Klimafonds zur Unterstützung von Menschen, die besonders von der Teuerung betroffen sind, etwa durch Finanzierung des Austauschs alter Elektrogeräte;
6. die Senkung der ÖV-Tarife für Klimatickets auf 365 Euro für ganz Oberösterreich.

Begründung

Die Menschen in Österreich leiden derzeit unter der stärksten Teuerungswelle seit Jahrzehnten. Im Februar erreichte die Inflation einen Rekordwert von 5,9% - der höchste Wert seit August 1984. Laut Schnellschätzung der Statistik Austria erhöhte sich die Inflationsrate im März nochmals auf 6,8% im Vergleich zum Vorjahresmonat. Für 2022 erwartet das WIFO sogar einen weiteren Anstieg der Energiepreise im VPI zwischen 35% und 40% im Jahresdurchschnitt. Die Preissteigerungen betreffen dabei vor allem Strom, Gas, Treibstoff, Mieten und Güter des täglichen Bedarfs und wirken sich daher beim Wohnen und Einkaufen unmittelbar auf sehr viele Menschen und Familien in Oberösterreich aus. Damit erreicht die Teuerung mittlerweile bereits die Mittelschicht, für armutsgefährdete Menschen wird sie zur Existenzbedrohung, da diese die höheren Preise für Gas, Strom und Mineralölprodukte durch Einschränkungen bei anderen Ausgaben kompensieren müssen.

Je niedriger das Einkommen, desto höher ist die haushaltsspezifische Preissteigerung, so sind jene 20 Prozent der Bevölkerung, die am wenigsten verdienen, am stärksten von der Inflation betroffen. Bundesländer wie Wien, Salzburg, Tirol oder das Burgenland arbeiten daher bereits intensiv an landespolitischen Entlastungspaketen in Ergänzung der Maßnahmen der Bundesregierung zur Abfederung dieser Teuerungswelle. Auch in Oberösterreich ist es allerhöchste Zeit, landespolitische Maßnahmen zu setzen. Durch zusätzliche Maßnahmen seitens des Landes kann ein Gesamtpaket für Oberösterreich geschaffen werden, das den Haushalten ausreichend Schutz vor der Verteuerung bietet bzw. die Wirtschaft vor einem Kaufkraftverlust bewahrt.

Wesentlicher Bestandteil eines Entlastungspakets für Oberösterreich ist dabei die nachträgliche Verdoppelung des Heizkostenzuschusses von 175 Euro auf 350 Euro sowie die Erhöhung aller Einkommensgrenzen für den Heizkostenzuschuss, zumindest auf das Niveau der Armutsgefährdungsschwelle. Die dauerhafte Erhöhung der Wohnbeihilfe um 15 Prozent bzw. Ausweitung der Bezugsberechtigten etwa durch die überfällige Anpassung der 7 Euro Grenze für nicht geförderte Mietwohnungen ist eine sozial treffsichere Maßnahme, die für eine schnelle Entlastung der betroffenen Haushalte sorgt und die steigenden Energiekosten abfedert. Im Sinne der Europäischen Kindergarantie versteht sich die Erhöhung und Absicherung des Sozialhilfe-Richtsatzes für Kinder als eine Chance, die von Kinderarmut betroffenen Haushalte zusätzlich zu unterstützen. Eine dauerhafte Erhöhung von 39 Euro pro Kind und Monat bringt eine unbürokratische, rasche Entlastung und wirkt mittelfristig der Armutsgefährdung entgegen. Der befristete Energiebonus - wie bereits in Tirol umgesetzt - unterstützt Ein-Personen-Haushalte mit einem Nettoeinkommen bis 1.300 Euro und Zwei-Personen-Haushalte mit einem Nettoeinkommen bis 2.067 Euro.

Darüber hinaus soll das Land einen eigenen Sozial- und Energiefonds einrichten, aus dessen Mitteln insbesondere Unterstützungsangebote für Teuerungsverlierer:innen geschaffen werden sollen. Konkret sollen aus diesem Fonds etwa der Austausch alter und energieintensiver Elektrogeräte und die (Teil-)Übernahme von Rückständen oder Jahresrechnungen durch Direktüberweisung an Energieunternehmen für armutsgefährdete Personen finanziert werden. Gespeist werden soll dieser Fonds dabei insbesondere aus Gewinnen der Energie AG. Für die Senkung des Klimatickets auf 365 Euro für ganz Oberösterreich hat der Bund bereits eine Mitfinanzierung in Aussicht gestellt. Ein oberösterreichweites Ticket um 365 Euro, ohne die Mehrkosten an die Kommunen abzuwälzen, muss daher möglich sein.

Linz, am 4. April 2022